



Internes Reglement der Raiffeisenkasse Partschins Genossenschaft zur Regelung der Risikotätigkeit und Interessenkonflikte mit nahestehenden Unternehmen und Personen sowie mit diesen verknüpften Subjekten

Bei der Durchführung von Rechtsgeschäften mit nahestehenden Unternehmen und Personen sowie mit diesen verknüpften Subjekten, können Interessenkonflikte entstehen, welche sich aus dem Nahverhältnis dieser Unternehmen und Personen zur Bank ergeben.

Das vorliegende Dokument dient zur Regelung von Geschäftsbeziehungen zwischen nahestehenden Unternehmen und Personen und ihren verknüpften Subjekten (nachfolgend auch verbundene Subjekte genannt), und der Raiffeisenkasse Partschins Genossenschaft (nachfolgend Raiffeisenkasse genannt) und zielt darauf ab, das Risiko des Auftretens von Interessenkonflikten auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

Artikel 1 Allgemeines

Der Verwaltungsrat der Raiffeisenkasse hat, ausgehend von den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen zu den „Attività di rischio e conflitti di interesse nei confronti di soggetti collegati“ und unter Berücksichtigung der Vorgaben aus Artikel 2391 ff. ZGB und Artikel 136 BWG, das vorliegende Reglement ausgearbeitet und nach Überprüfung desselben durch die unabhängigen Verwalter und den Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom **03.05.2018** verabschiedet.

Es legt die Verhaltensweisen für die Abwicklung der Rechtsgeschäfte zwischen der Raiffeisenkasse und den mit ihr verbundenen Subjekten fest, definiert die verschiedenen Teilbereiche, von der Identifizierung der verbundenen Subjekte über die Prüfungsaufgaben der verschiedenen betrieblichen Funktionen bis hin zu den Transparenzbestimmungen im Bank- und Finanzbereich. Das Reglement stellt die Grundlage dar, anhand welcher verbundene Subjekte erkannt, ihre Relevanz erhoben, das eventuell notwendige Prüf- und Genehmigungsverfahren eingeleitet und abgewickelt werden. Das vorliegende Reglement tritt mit **03.05.2018** in Kraft.

Es gilt für die Betriebsorgane und alle internen und externen Mitarbeiter jeder hierarchischen Ebene und wird, sofern Änderungen im normativen oder organisatorischen Bereich eine Anpassung oder Novellierung erforderlich machen, auf Vorschlag des Verwaltungsrates und nach Erhalt des positiven Gutachtens von Seiten der unabhängigen Verwalter vom Verwaltungsrat, mit Zustimmung des Aufsichtsrates, verabschiedet.

Artikel 2 Begriffsdefinitionen

Nahestehende Unternehmen und Personen (parti correlate)

Dazu zählen:

- a) die Betriebsorgane (Verwaltungsrat, Aufsichtsrat und Generaldirektor sowie diesen gleichgestellte Funktionen);

[Es wird präzisiert dass die Ersatzaufsichtsräte nicht unter den Anwendungsbereich der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen zu Risikotätigkeit und Interessenkonflikten fallen. Sie gelten nämlich solange nicht als Betriebsorgane, bis sie nicht an Stelle eines ausscheidenden aktiven Mitgliedes in den Aufsichtsrat nachrücken und eine Kontrolltätigkeit in der Bank ausüben.]



- b) die im Sinne des Artikels 19 ff. BWG ermächtigungspflichtigen Gesellschafter;
- c) natürliche oder juristische Personen, die einzeln in der Lage sind, Organe mit der Funktion der Geschäftsführung oder der Strategieformulierung („con funzione di gestione o supervisione strategica“ - im Nachfolgenden als Verwaltungsrat bezeichnet), zu ernennen oder
- d) eine Gesellschaft oder ein Unternehmen über das die Bank in der Lage ist, die Kontrolle auszuüben oder maßgeblichen Einfluss auf dieses zu nehmen.

Verknüpfte Subjekte (soggetti connessi)

Dazu zählen:

- a) die Gesellschaften und die Unternehmen, unabhängig in welcher Rechtsform diese organisiert sind, die von einem nahestehenden Unternehmen oder einer nahestehenden Person kontrolliert werden;
- b) Subjekte, die ein nahestehendes Unternehmen oder nahestehende Personen der unter den o. a. Buchstaben b) und c) kontrollieren oder Subjekte, die direkt oder indirekt der gemeinsamen Kontrolle mit einem nahestehenden Unternehmen oder Person unterliegen;
- c) die nahen Familienangehörigen, sowie die von nahen Familienangehörigen kontrollierten Gesellschaften und Unternehmen.

Nahe Familienangehörige (stretti familiari)

Zu den nahen Familienangehörigen zählen Verwandte bis zum 2. Grad (Großeltern, Eltern, Kinder, Enkelkinder und Geschwister), Ehepartner oder Lebensgefährte/Lebensgefährtin (more-uxorio) der Betriebsorgane, sowie die von den Familienangehörigen kontrollierten Gesellschaften und Unternehmen.

Verbundene Subjekte (soggetti collegati)

Das Gebilde aus den nahestehenden Unternehmen und Personen sowie den mit ihnen verknüpften Subjekten stellt die sogenannten verbundenen Subjekte dar.

Geschäftsfälle mit verbundenen Subjekten

Geschäftsfälle mit verbundenen Subjekten sind jene, welche die Übernahme von Risikotätigkeiten (attività di rischio), die Übertragung von Ressourcen, Diensten oder Verpflichtungen betreffen, unabhängig davon, ob ein Entgelt vorgesehen ist. Auch Fusionen oder die Abspaltung von Unternehmensanteilen sind einzubeziehen.

Nicht zu den Geschäftsfällen mit verbundenen Subjekten zählen Entgelte, welche in Übereinstimmung mit den Bestimmungen zu den Anreiz- und Vergütungssystemen entrichtet werden.

Geschäftsfälle mit relevanter Bedeutung (operazioni di maggiore rilevanza)

Zu Geschäftsfällen bzw. Rechtsgeschäften mit relevanter Bedeutung gehören all jene Geschäftsfälle mit verbundenen Subjekten, deren Gegenwert 5% der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel laut Anlage B des Titels 5 - Kapitels 5 vorgegebenen Berechnung (Indice di rilevanza del controvalore) übersteigt. Derzeit bedeutet dies für unsere Raiffeisenkasse, dass Geschäftsfälle zur Zeit in Höhe von über **824.414 Euro** als mit relevanter Bedeutung anzusehen sind.

Die Erwägung über die Einstufung als gefährdete, umstrukturierte oder notleidende Position und die Rücknahme dieser Einstufung, Wertberichtigungen bei Kreditpositionen sowie ein gerichtlicher oder außergerichtlicher Vergleich gelten, unabhängig von deren Betrag, immer als Geschäftsfälle relevanter Bedeutung, wenn sie verbundene Subjekte betreffen.

Personalaufnahmen, Immobiliengeschäfte und Kauf bzw. Verkauf von Beteiligungen, die verbundene Subjekte betreffen, sind ebenfalls immer als Rechtsgeschäfte mit relevanter Bedeutung zu betrachten.

Geschäftsfälle mit geringer Bedeutung (operazioni di minore rilevanza)



Alle Geschäftsfälle mit verbundenen Subjekten, die nicht als mit relevanter Bedeutung einzustufen sind, zählen zu den Geschäftsfällen mit geringer Bedeutung.

Die Geschäftsfälle mit geringer Bedeutung werden unterteilt in:

1. Geschäftsfälle mit geringfügigem Betrag
2. Gewöhnliche Geschäftsfälle
3. Sonstige Geschäftsfälle mit geringer Bedeutung

Geschäftsfälle mit geringfügigem Betrag (operazioni di importo esiguo)

Für Banken, die ein aufsichtsrechtliches Eigenkapital von weniger als 500 Mio. Euro aufweisen, wird ein Geschäftsfall von bis zu 250.000,00 Euro als geringfügig eingestuft. Nachdem unsere Raiffeisenkasse ein aufsichtsrechtliches Eigenkapital unter 500 Mio. Euro aufweist, wird mit dem vorliegenden Reglement bestimmt, dass Geschäftsfälle bis zu 250.000,00 Euro als Geschäftsfälle mit geringfügigem Betrag gelten.

Gewöhnliche Geschäftsfälle (operazioni ordinarie)

Als gewöhnliche Geschäftsfälle gelten jene Rechtsgeschäfte mit verbundenen Subjekten, die als mit geringer Bedeutung einzustufen sind, einen Gegenwert von mehr als 250.000,00 Euro bis zu maximal 5% der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel haben und im Lichte der allgemeinen Banktätigkeit mit Standardkonditionen bzw. zu Marktbedingungen der Standardkunden abgewickelt werden.

Im Konkreten handelt es sich um:

- all jene Geschäftsfälle, die undifferenziert den Mitgliedern und Kunden unserer Raiffeisenkasse angeboten werden und bei denen die Standardmarktbedingungen unserer Raiffeisenkasse, bezogen auf die Art des Geschäftsfalls-zur Anwendung kommen können,
- alle Finanzierungsformen, die zur gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Bank zählen und zu den allgemein gültigen Standardkonditionen für die sonstigen Kunden abgewickelt werden können,
- Kreditverlängerungen, die zu den wirtschaftlichen Bedingungen des Ursprungvertrags abgewickelt werden und
- ausdrücklich zählen zu den gewöhnlichen Geschäftsfällen unter anderem:
 - Eröffnung von Kontokorrenten und Sparbücher,
 - Festgeldanlagen, Pensionsgeschäfte, Sparbriefe und Obligationen,
 - Kassa- und Bürgschaftskredite,
 falls sie zu Standardkonditionen abgeschlossen werden, welche auch für andere Kunden zur Anwendung kommen können.

Für gewöhnliche Geschäftsfälle ist die Verwendung von Standardverträgen vorgesehen.

Sonstige Geschäftsfälle mit geringer Bedeutung

Die sonstigen Geschäftsfälle mit geringer Bedeutung sind jene Geschäftsfälle mit geringer Bedeutung, welche weder den Geschäftsfällen mit geringfügigem Betrag noch den gewöhnlichen Geschäftsfällen zugeordnet werden können.

Unabhängige Verwalter (amministratori indipendenti)

Zu diesen zählen die Mitglieder des Verwaltungsrates, die keine Gegenpartei darstellen und sich nicht in einem Interessenskonflikt laut Artikel 2391 ZGB befinden.

Sie müssen sich eingehend vor anstehenden Entscheidungen im Zusammenhang mit Rechtsgeschäften mit verbundenen Subjekten auseinandersetzen und sind verpflichtet, vor der Beschlussfassung dem Beschlussfassenden Organ ihre Meinung zu unterbreiten, d. h. ihre Schlussfolgerungen darzulegen, zu begründen und eine formalisierte und angemessene Dokumentation bereitstellen. Die sogenannten unabhängigen Verwalter sind Garant dafür, dass die Integrität und die Unparteilichkeit der Entscheidungsprozesse gesichert und die Stabilität gegenüber den Mitgliedern und den Gläubigern garantiert wird.



Betriebsorgane

Zu den Betriebsorganen zählen in unserer Raiffeisenkasse die Mitglieder des Verwaltungsrates, die Mitglieder des Aufsichtsrates und der Direktor (Geschäftsführer).

Risikotätigkeit (attività di rischio)

Der Begriff der Risikotätigkeit bezieht sich auf die Exponierung der Bank gegenüber einer Gegenpartei, definiert gemäß Bankit-RS Nr. 263, Titel V, Kapitel 1, „concentrazione dei rischi“.

Artikel 3 Identifizierung der verbundenen Subjekte

Die Raiffeisenkasse identifiziert mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns die mit ihr verbundenen Subjekte und greift dabei auf alle ihr verfügbaren Informationen und Daten zurück. Sie startet bei der Identifizierung in erster Linie von den Eigenerklärungen der nahestehenden Unternehmen und Personen, nachdem diese die Verpflichtung haben, die Informationen laufend zu aktualisieren und jede Veränderung unverzüglich mitzuteilen. Darüber hinaus holt sie bei der Eröffnung von Geschäftsbeziehungen und bei der Abwicklung von Geschäftsfällen fortwährend die notwendigen Informationen ein, um die Gruppe der verbundenen Subjekte jederzeit überblicken zu können. Die nahestehenden Unternehmen und Personen haben die Verpflichtung aktiv mitzuwirken, sodass die mit ihnen verbundenen Subjekte rigoros und lückenfrei erkannt und gruppiert werden können.

Zu diesem Zweck führt die Raiffeisenkasse eine Aufstellung, in der die verschiedenen mit den verbundenen Subjekten zusammenhängenden Geschäftspartner eindeutig identifiziert sind. Die Aufstellung wird von den dazu Beauftragten laufend aktualisiert und jährlich dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gebracht.

Unabhängig von den für die Ermittlung der verbundenen Subjekte notwendigen Erhebungen enthält die o. a. Aufstellung auch die Geschäftspartner, die mit den nahestehenden Personen bis zum 2. Grad verschwägert sind.

Außerdem informiert die Raiffeisenkasse all ihre Kunden bzw. ihre potentiellen Kunden, auch über die vorliegende Webseite, dass sie angehalten sind, alle Informationen zwecks Identifizierung ihrer Zugehörigkeit zu einem verbundenen Subjekt mitzuteilen, und dass das Unterlassen der einschlägigen Mitteilungen oder falsche Angaben Strafen gemäß Artikel 137 BWG nach sich ziehen können.

Artikel 4 Rechtsgeschäfte mit verbundenen Subjekten, die dem Reglement unterworfen sind

Darunter fallen alle Risikogeschäfte, die zwischen der Raiffeisenkasse und den verbundenen Subjekten abgewickelt werden, mit Ausnahme der Geschäftsfälle,

- die als Geschäftsfälle mit geringfügigem Betrag eingestuft werden können,
- die von der Vollversammlung den Betriebsorganen und den Mitarbeitern im Lichte der Vergütungsrichtlinie zugestandenem Entgelte und
- die von Behörden vorgeschriebenen Geschäftsfälle, die die Stabilität des Unternehmens sichern sollen.

Die Risikotätigkeit mit verbundenen Subjekten wird unterschieden in:

- Geschäftsfälle mit relevanter Bedeutung und
- Geschäftsfälle mit geringer Bedeutung, welche wiederum unterteilt werden in:
 - Geschäftsfälle mit geringfügigem Betrag
 - Gewöhnliche Geschäftsfälle
 - Sonstige Geschäftsfälle mit geringer Bedeutung

Die genauen Definitionen der verschiedenen Arten von Geschäftsfällen finden sich im Artikel 2 des vorliegenden Reglements.



Artikel 5

Nichtanwendung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen zu den verbundenen Subjekten

Unter Berücksichtigung der Vorgaben in den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen wird bestimmt, dass in unserer Raiffeisenkassen für folgende Geschäftsfälle keine Regeln im internen Reglement definiert werden, die bei der Abwicklung dieser Risikogeschäfte mit verbundenen Subjekten einzuhalten sind. Es muss lediglich das Vorhandensein des Grundes für die Nichtanwendung dokumentiert werden.

5.1 Geschäftsfälle mit geringfügigem Betrag

Darunter fallen alle Risikogeschäfte mit verbundenen Subjekten bis zum Höchstausmaß von 250.000,00 Euro (siehe auch Definition laut Artikel 2).

5.2 Gewöhnliche Geschäftsfälle

- Als gewöhnliche Geschäftsfälle gelten jene Rechtsgeschäfte mit verbundenen Subjekten, die als mit geringer Bedeutung einzustufen sind und im Lichte der allgemeinen Banktätigkeit mit Standardkonditionen bzw. zu den aktuellen Marktbedingungen abgewickelt werden können (siehe Definition laut Artikel 2).

Bei den gewöhnlichen Geschäftsfällen wird von der Möglichkeit laut Punkt 3.7.2. des Titels V, Kapitel 5 des Rundschreibens Nr. 263/06 Gebrauch gemacht, die Paragraphen 3.1 bis 3.4 des Titels V, Kapitel 5 des Rundschreibens Nr. 263/06 nicht zur Anwendung zu bringen. D.h. die Prozeduren zur Prüfung durch den unabhängigen Verwalter bei gewöhnlichen Geschäftsfällen nicht einzuhalten sind. Hier müssen Informationsflüsse zumindest in aggregierter/zusammenfassender Form vorhanden sein, die es ermöglichen, mindestens mit jährlicher Frequenz eine angemessene Überwachung und Überprüfung auch durch den unabhängigen Verwalter sicherzustellen, um eventuell notwendige korrigierende Maßnahmen ergreifen zu können.

Entscheidungen der Beschlussorgane, die im Zusammenhang mit den verbundenen Subjekten zu Verlusten für die Raiffeisenkasse führen, u. zw. unabhängig davon, ob dies in Folge außergerichtlicher oder gerichtlicher Vergleiche geschieht, sowie alle Entscheidungen, die zur Einstufung von Risikopositionen als schwierige, umstrukturierte oder notleidende Positionen führen, dürfen niemals im Lichte der gewöhnlichen Geschäftsfälle abgewickelt werden. Sie unterliegen den von den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen vorgeschriebenen Bestimmungen der allgemeinen Bankverwaltung und sind auch für verbundene Subjekte in Analogie zur Vorgehensweise zu den anderen Kunden der Bank vorzunehmen.

5.3 Sonstige von der Bank ausgeschlossene Geschäftsfälle

Die Raiffeisenkasse hat mehrere Geschäftsfälle identifiziert, welche

- a) keine Risikotätigkeit (attività di rischio) unter dem aufsichtsrechtlichen Standardverfahren bilden und
- b) aufgrund deren Eigenschaften bzw. der für diese Geschäftsfälle vorgegebenen Abwicklungsmodalitäten keine nennenswerten Interessenkonflikte begründen können.

Es sind dies folgende Geschäftsfälle:

1. Indirekte Einlagen
2. Bareinlagen auf Kontokorrenten oder Sparbüchern
3. Andere Einzahlungen auf Kontokorrenten oder Sparbüchern

falls sie nicht unter die relevanten Geschäftsfälle zählen (siehe Definition laut Artikel 2).

5.4 Von der Aufsicht ausgeschlossene Geschäftsfälle



Folgende Geschäftsfälle sind gemäß Aufsichtsweisungen nicht den Geschäftsfällen mit verbundenen Subjekten zuzuordnen:

- Entgelte, welche in Übereinstimmung mit den Bestimmungen zu den Anreiz- und Vergütungssystemen entrichtet werden,
- eventuelle von Behörden vorgeschriebene Rechtsgeschäfte zur Sicherung der Stabilität des Unternehmens.

Artikel 6 Unabhängige Verwalter

Auf Grund der Betriebsgröße unserer Raiffeisenkasse und in Übereinstimmung mit den aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu den verbundenen Subjekten hat die Raiffeisenkasse einen unabhängigen Verwalter und einen oder mehrere Stellvertreter des unabhängigen Verwalters definiert.

Diese Personen stellen das Gremium der unabhängigen Verwalter dar, das die aufsichtsrechtlich vorgeschriebene Aufgabe hat, die Bewertung der Risikotätigkeit mit verbundenen Subjekten vorzunehmen und dem Beschlussfassenden Organ sein Gutachten auszustellen. In der Folge werden wird dieses Organ als unabhängige Verwalter bezeichnen.

Der Stellvertreter des unabhängigen Verwalters wird immer dann aktiv, wenn der ernannte unabhängige Verwalter verhindert ist oder die Voraussetzungen der Unabhängigkeit für ein Rechtsgeschäft nicht erfüllen sollte. Der Stellvertreter des unabhängigen Verwalters wird nur dann tätig, wenn er selbst alle Kriterien der Unabhängigkeit erfüllt.

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung vom **03.05.2018** folgende unabhängige Verwalter und Ersatzverwalter bestimmt:

Andreas Castiglioni (unabhängiger Verwalter)

Mirco Toscano (1. Stellvertreter des unabhängigen Verwalters)

Jutta Pedri (2. Stellvertreter des unabhängigen Verwalters)

Artikel 7 Aufsichtsrechtliche Limits im Zusammenhang mit der Risikotätigkeit unserer Raiffeisenkasse mit verbundenen Subjekten, berechnet auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital

In unserer Raiffeisenkasse gelten für Risikotätigkeiten mit verbundenen Subjekten die nachfolgenden Grenzwerte:

Raiffeisenkasse mit statutarischem Limit (Artikel 30 Statut)	
Betriebsorgane	<i>Wenn Betriebsorgan</i>
	<u>Mitglied:</u>
	<ul style="list-style-type: none"> - gegenüber Betriebsorgan: 5% (von Vollversammlung festgelegter Betrag oder Prozentsatz; max. 5%) - gegenüber verknüpften Subjekten: 5%
	<u>nicht Mitglied:</u>
	<ul style="list-style-type: none"> - 5% insgesamt gegenüber verbundenen Subjekten (Betriebsorgan und verknüpfte Subjekte zusammen)

Werden die oben angeführten Limits aus welchem Grund auch immer überschritten, so erarbeitet die Bank umgehend (jedenfalls innerhalb 45 Tagen) in Zusammenarbeit mit dem betroffenen



Betriebsorgan einen Rückführungsplan, mit welchem die Möglichkeit zur Rückführung der Position unter den Grenzwert aufgezeigt wird und innerhalb von 20 Tagen der Banca d'Italia zu übermitteln ist. So lange diese Rückführung nicht erfolgt ist, ist die Überschreitung bei den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln zu berücksichtigen. Überschreitungen die zum 31.12.2012 bestehen, müssen innerhalb 31.12.2017 zurückgeführt werden.

Artikel 8 Maßnahmen und Beschlüsse im Zusammenhang mit Geschäftsfällen mit verbundenen Subjekten

Die in unserer Raiffeisenkasse mit der Prüfung des Geschäftsfalles beauftragte Funktion prüft, ob der Geschäftspartner ein nahestehendes Unternehmen oder eine nahestehende Person oder ein damit verknüpftes Subjekt darstellt (siehe Definition laut Artikel 2).

Bei Geschäftsfällen mit verbundenen Subjekten gilt es zu prüfen, ob es sich um Risikotätigkeiten handelt und wenn ja, ob das Limit für Risikotätigkeit gemäß Artikel 7 der vorliegenden Regelung eingehalten wird. Geschäftsfälle, welche zur Überschreitung des Limits für Risikotätigkeiten führen, sind nicht durchführbar.

Weiters gilt es zu prüfen, ob es sich um einen Geschäftsfall mit geringer Bedeutung oder mit relevanter Bedeutung handelt (siehe Definition laut Artikel 2).

Es gilt zu beachten, dass bei Geschäftsfällen die zusätzlich unter den Anwendungsbereich des Art. 136 BWG fallen, die diesbezüglichen Bestimmungen ebenfalls einzuhalten sind.

8.1 Geschäftsfälle mit geringer Bedeutung

Die zuständigen Betriebsfunktion prüft, ob eventuelle Voraussetzungen für die Nichtanwendung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen zu den verbundenen Subjekten vorhanden sind (siehe ausgeschlossene Geschäftsfälle laut Artikel 5). Zur Klärung dieser Sachlage kann auch auf die Unterstützung der unabhängigen Verwalter zurückgegriffen werden.

Auf jeden Fall muss die Funktion sicherstellen, dass die notwendige Dokumentation aufliegt, aus der klar die Eigenschaften und die Sachverhalte des Geschäftsfalles erkennbar sind, wie beispielsweise die wirtschaftlichen und vertraglichen Bedingungen, sowie die eventuellen Gründe für die Nichtanwendung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen.

Die Funktion muss die Dokumentation mit allen Anlagen und Unterlagen den unabhängigen Verwaltern übermitteln.

Außerdem muss die Funktion eine Stellungnahme an die unabhängigen Verwalter abgeben, aus der die für sie erkennbare Verflechtung, die Interessen der Bank hinsichtlich der Abwicklung des Geschäftsfalles, die wirtschaftlichen und vertraglichen Bedingungen, auch im Vergleich zu ähnlichen Geschäftsfällen mit anderen Geschäftspartner als jenen der verbundenen Subjekte, der bisher vorgenommene Bewertungsprozess und die dabei gewonnenen Erkenntnisse und die Risikofaktoren für die Bank hervorgehen.

Die Informationen müssen den unabhängigen Verwaltern rechtzeitig vor der anberaumten Sitzung des Beschlussfassenden Organs übermittelt werden, um ihnen ausreichend Zeit für eine analytische Prüfung und die Abfassung des aufsichtsrechtlich vorgesehenen Gutachtens zu lassen.

Die unabhängigen Verwalter prüfen anhand der ihnen übermittelten Informationen den anstehenden Geschäftsfall, wobei insbesondere der Frage nachgegangen wird, ob bzw. welches Interesse die Bank am Abschluss des Geschäftsfalles hat.



Dabei werden die Hinweise über die Geschäftspartner, die Art des Geschäftsfalles, die Vertragsbedingungen, die wirtschaftlichen Bedingungen und die formale und substantielle Richtigkeit des Geschäftsfalles und die Vorteile für die Bank sowie die Auswirkungen auf die involvierten Subjekte geprüft.

Sollten die vorhandenen Informationen nicht ausreichen, um sich ein vollständiges Bild vom anstehenden Geschäftsfall machen zu können, können die unabhängigen Verwalter weitere Informationen anfordern und darüber hinaus auch eine oder mehrere externe Beratungen von unabhängigen Experten ihrer Wahl einholen. Im Anschluss erstellen die unabhängigen Verwalter ihr Gutachten, das sie dem Beschlussfassenden Organ übermitteln.

Sollte das Urteil der unabhängigen Verwalter dazu führen, dass ein negatives Gutachten oder ein Gutachten mit Vorbehalt dem Beschlussfassenden Organ übermittelt wird, muss dieses, falls die Abwicklung des Geschäftsfalles von Seiten des Beschlussfassenden Organs dennoch befürwortet werden sollte, eine analytische Begründung für seine Entscheidung ausformulieren, wobei ausdrücklich auf die Hinweise der unabhängigen Verwalter eingegangen werden muss.

Das Beschlussfassende Organ ist verpflichtet, periodisch, u. zw. zumindest trimestral, über die abgeschlossenen Geschäftsfälle und ihre Hauptmerkmale dem Verwaltungsrat, dem Aufsichtsrat und der Direktion zu berichten.

Bei Geschäftsfällen, die von den unabhängigen Verwaltern mit einem negativen Gutachten versehen waren oder bei denen Vorbehalte angemerkt wurden, müssen einzeln und umgehend nach Beschlussfassung durch das beschließende Organ dem Verwaltungsrat und dem Aufsichtsrat mitgeteilt werden.

8.2 Geschäftsfälle mit relevanter Bedeutung

Geschäftsfällen mit relevanter Bedeutung sind nur dann durchführbar, wenn das Limit für Risikotätigkeit gemäß Artikel 7 der vorliegenden Regelung eingehalten wird.

Bei Geschäftsfällen mit relevanter Bedeutung gelten die unter Punkt 8.1 angeführten Regeln.

Zusätzlich müssen die unabhängigen Verwalter

- bei den Verhandlungen eingebunden sein und
- einen umfangreichen, zeitnahen und vollständigen Informationsfluss erhalten.

Sie haben darüber hinaus die Möglichkeit, von den mit den Verhandlungen Beauftragten alle gewünschten Informationen zu erhalten und können Feststellungen anbringen, die ihnen im Zusammenhang mit dem Prüfungsprozess nützlich erscheinen.

Im Besonderen hat dieser Informationsfluss in einem angemessenen Zeitraum vor dem Termin stattzufinden, an dem die Sitzung des Beschlussfassenden Organs anberaumt ist und muss auch:

- die Bedingungen und die Durchführungsmodalitäten zum Geschäftsfall und
- den bisher verfolgten Bewertungsprozess

enthalten.

Sollten die unabhängigen Verwalter zu einem negativen Gutachten oder einem Gutachten mit Vorbehalt kommen, geben dieselben dem Aufsichtsrat ihr Urteil mit allen weiteren notwendigen Informationen weiter, der seinerseits die Überprüfung des anliegenden Geschäftsfalles, in analoger Vorgehensweise wie die unabhängigen Verwalter, vornimmt.

Alle durchgeführten Geschäftsfälle, bei denen von den unabhängigen Verwaltern oder dem Aufsichtsrat ein negatives Gutachten oder ein Gutachten mit Vorbehalt abgegeben haben, werden zumindest einmal jährlich der Vollversammlung zur Kenntnis gebracht.

8.3 Geschäftsfälle, die in den Kompetenzbereich der Vollversammlung fallen

Ist laut Statut oder Gesetz vorgesehen, dass ein Geschäftsfall, der mit verbundenen Subjekten abgewickelt werden soll, von der Vollversammlung beschlossen werden muss, so müssen die im



vorliegenden Reglement vorgesehenen Schritte vom Verwaltungsrat eingehalten werden, u. zw. dahingehend, dass die Prüfung und das Prozedere auch vom Verwaltungsrat für den der Vollversammlung zu unterbreiteten Beschlussvorschlag gelten. Sollten die Gutachten der unabhängigen Verwalter bei solchen Geschäftsfällen negativ ausfallen, so ist es nicht notwendig, auch das Gutachten des Aufsichtsrates einzuholen.

8.4 Grundsatzbeschlüsse

Es liegt im Ermessenspielraum des Verwaltungsrates, anhand von Grundsatzbeschlüssen Geschäftsfälle mit verbundenen Subjekten zu regeln, sofern es sich bei den besagten Geschäftsfällen und homogene Geschäfte handelt, die klar und deutlich definiert sind und im Voraus genau festgelegte Vorgehensweise für die nahestehenden Unternehmen und Personen und die mit ihnen verbundenen Subjekte ausformulieren. Außerdem müssen diese das Maximalausmaß der im Lichte des Beschlusses im Jahresverlauf abwickelbaren Geschäftsfälle definieren und darüber hinaus bestimmen, in wie vielen Teilgeschäften anzahlmäßig das Maximalausmaß erreicht werden kann. Die Wirksamkeit dieser Grundsatzbeschlüsse hat eine maximale Dauer von einem Jahr.

Sie müssen gemäß den Vorgaben in den Punkten 8.1 und 8.2 von den unabhängigen Verwaltern bzw. vom Aufsichtsrat geprüft werden, wobei insbesondere auch dem definierten Maximalausmaß besondere Beachtung geschenkt werden muss.

Die Genehmigung und die operative Abwicklung der im Rahmen von Grundsatzbeschlüssen festgelegten Teilgeschäfte erfolgt unter Beachtung der innerbetrieblichen Vollmachtserteilungen und Kompetenzregelungen von Seiten der zuständigen Funktionen.

Ist ein Geschäftsfall trotz der anfänglichen Meinung, dass er einem Grundsatzbeschluss zuordenbar ist, nicht zuordenbar, da er zuwenig konkret bzw. spezifisch ist, wird er nicht auf der Grundlage des Grundsatzbeschlusses, sondern nach den Regeln der Einzelbewertung abgewickelt.

8.5 Positives Gutachten von Seiten der unabhängigen Verwalter

Das Befürworten des Geschäftsfalles von Seiten der unabhängigen Verwalter muss ausführlich begründet werden, u. zw. mit Hinweisen über:

- die Zweckmäßigkeit und die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit des Geschäftsfalles sowie
- die Beweggründe für eventuelle Abweichungen wirtschaftlicher, vertraglicher oder anderer Art des Geschäftsfalles gegenüber den Standard- bzw. Marktbedingungen. Die geeigneten Beweisdokumente für die Begründung der Entscheidung müssen als Anlage zur Dokumentation aufliegen.

8.6 Berichterstattung an Betriebsorgane

Geschäftsfälle, bei denen die unabhängigen Verwalter ein negatives Gutachten oder ein Gutachten mit Vorbehalt abgegeben haben, werden einzeln und umgehend nach Beschlussfassung dem Verwaltungsrat, der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat aufgezeigt.

Darüber hinaus liefert das beschlussfassende Organ periodisch, u. zw. trimestral, dem Verwaltungsrat, der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat eine ausführliche und vollständige Information über die von der Raiffeisenkasse durchgeführten Geschäftsfälle und ihre Hauptcharakteristiken. Es liefert auf jeden Fall Hinweise über den Geschäftspartner, den Gegenstand und die Betragshöhe des Geschäftsfalles. Die trimestrale Berichterstattung betrifft auf jeden Fall:

- a) Geschäftsfälle mit relevanter Bedeutung;
- b) Geschäftsfälle, die auf der Grundlage von Grundsatzbeschlüssen abgeschlossen wurden.

Alle durchgeführten Geschäftsfälle, bei denen die unabhängigen Verwalter oder der Aufsichtsrat negative Gutachten abgegeben oder Vorbehalte ausformuliert haben, werden einmal jährlich der Vollversammlung zur Kenntnis gebracht.



8.7 Geschäftsfälle mit oder zwischen kontrollierten Unternehmen und mit Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss

Diese Art von Geschäftsfällen werden ebenfalls nach den Vorgaben in den Punkten 8.1 und 8.2 abgewickelt.

8.8 Dringende Geschäftsfälle

In dringenden Fällen können die unter Punkt 8.1 und 8.2 genannten Fristen auf ein Minimum reduziert werden.

Der Dringlichkeitsfall muss vom beschlussfassenden Organ auf Grund objektiver Beweggründe belegt werden und darf nicht auf subjektiven Einschätzungen beruhen.

Fallen dringende Geschäftsfälle in die Entscheidungskompetenz des Vollzugausschusses oder des Verwaltungsrates, so müssen auf jeden Fall vor der Durchführung dieses Geschäftsfalles die nicht entscheidenden Organe (Verwaltungsrat, Vollzugausschuss) bzw. der Aufsichtsrat über die Gründe der Dringlichkeit informiert werden.

Wenn eines oder mehrere der angesprochenen Organe oder die unabhängigen Verwalter die Dringlichkeit im Geschäftsfall für nicht gegeben erachten, so muss dies den anderen Organen umgehend aufgezeigt und bei der nächstmöglichen Gelegenheit der Vollversammlung mitgeteilt werden.

Obliegt die Beschlussfassung dagegen anderen Betriebsfunktionen, so gilt, dass mit Informationsflüssen, die zumindest eine jährliche Frequenz aufweisen müssen und die auch in aggregierter Form vorgenommen werden können, gearbeitet werden kann, sofern sie es ermöglichen, eine angemessene Überwachung und Überprüfung durch die unabhängigen Verwalter zu gewährleisten und Letztere in die Lage versetzen, eventuell notwendige korrigierende Maßnahmen ergreifen zu können.

8.9 Interessenkonflikt gemäß Art. 136 BWG

Geschäftsfälle mit verbundenen Subjekten können zusätzlich auch in den Anwendungsbereich von Art. 136 BWG fallen. Auf der anderen Seite gibt es Geschäftsfälle, welche ausschließlich in den Anwendungsbereich von Art. 136 BWG fallen.

In den Eigenerklärungen der nahestehenden Unternehmen und Personen sowie im EDV-System der Bank sind sowohl die für Interessenkonflikte gemäß Rundschreiben 263 der Banca d'Italia relevanten Subjekte, als auch jene gemäß Art. 136 BWG erfasst.

Relevante Subjekte gemäß Art. 136 BWG betreffen:

- Gesellschaften, in welchen die Mitglieder der Gesellschaftsorgane das Amt eines Verwalters, Direktors oder Aufsichtsrats wahrnehmen;
- von den Mitgliedern der Gesellschaftsorgane kontrollierte Gesellschaften;
- von den kontrollierten Gesellschaften kontrollierte Gesellschaften;

Gemäß Art. 136 BWG ist kein Mindestbetrag vorgesehen, d.h. auch für Geschäftsfälle geringfügigen Betrags und gewöhnliche Geschäftsfälle sind die Bestimmungen einzuhalten.

Geschäftsfälle, welche unter den Anwendungsbereich von Art. 136 BWG fallen, müssen einstimmig und mit Zustimmung des Aufsichtsrats erfolgen.

Für Geschäftsfälle mit verbundenen Subjekten, welche auch in den Anwendungsbereich von Art. 136 BWG fallen, kommen folgende Standards zur Anwendung:

- die für die Vorbeschlussphase für Geschäftsfälle mit verbundenen Subjekten anzuwendenden Standards werden unverändert angewandt;
- der unabhängige Verwalter muss sein Gutachten und sein abschließendes Urteil in der Sitzung des Verwaltungsrats nicht vorbringen (im Fall eines negativen Gutachtens würde er ohnehin mit Nein abstimmen, weshalb gemäß Art. 136 BWG der Geschäftsfall von vornherein abgelehnt wäre); es ist aber auch legitim, wenn der unabhängige Verwalter sein Gutachten trotzdem vorbringt.
- im Protokoll sind die gemäß der Bestimmungen zu den verbundenen Subjekten vorgesehenen Informationen zum Geschäftsfall (Vorteile für die Bank, eventuelle Abweichung von vertraglichen oder wirtschaftlichen Bedingungen) anzuführen;



- die Protokollierung gemäß Art. 136 (also die Dokumentierung der Einstimmigkeit der Entscheidung und der Zustimmung des Aufsichtsrats) sind ebenfalls im Protokoll festzuhalten.

8.10 Interessenkonflikt gemäß Art. 2391 ZGB

Es können auch Geschäftsfälle auftreten, die weder unter den Anwendungsbereich des Rundschreibens 263 der Banca d'Italia, noch des Art. 136 BWG fallen, bei denen aber trotzdem ein Interessenkonflikt seitens eines Betriebsorgans besteht. Die kann beispielsweise der Fall sein, wenn Verschwägte bis zum 2. Grad beteiligt sind. In diesem Fall sind die Bestimmungen des Art. 2391 ZGB anzuwenden und einzuhalten.

Artikel 9

Interne Kontrollen und Verantwortungen der Betriebsorgane

Die Betriebsorganisation und das interne Kontrollsystem stellen sicher, dass die aufsichtsrechtlich definierten Limits und das interne Reglement die Einhaltung der neuen Bestimmungen jederzeit garantieren. Sie sind Garant für die gesunde und umsichtige Geschäftsgebarung und helfen potentielle Interessenskonflikte mit verbundenen Subjekten a priori zu erkennen bzw. zu vermeiden oder ihre korrekte Verwaltung zu sichern.

Das vorliegende Reglement wird zumindest alle drei Jahre von den Betriebsorganen überarbeitet, den unabhängigen Verwaltern zwecks Prüfung überlassen und nach ihren anschließenden Hinweisen und Anregungen und nach Anhörung des Aufsichtsrates neu genehmigt. Bei diesem Vorgang werden alle in dem vorliegenden Reglement für die Beschlussfassung definierten Schritte und Maßnahmen beachtet.

Die Dokumente, die aus diesem Prozess herrühren und die Politiken der internen Kontrollen enthalten, werden der Vollversammlung aufgezeigt und stehen der Banca d'Italia für eventuelle Anfragen zur Verfügung. Diese enthalten im Besonderen Nachfolgendes:

- die Tätigkeitssektoren und die Geschäftstypologien einschließlich der Geschäftsfälle, die keine Risikoübernahme zur Folge haben, z. B. die Einlagensammlung, die Beratungs- und Unterstützungstätigkeit gegenüber Kunden und anderen Geschäftspartnern sowie die Veranlagung in Finanzinstrumente und die Wertpapierdienstleistungen
- die genaue Auflistung der Geschäftsfälle, die potentiell zu Interessenskonflikten im Zusammenhang mit der Risikotätigkeit führen können, wie beispielsweise die traditionelle Kreditstätigkeit und die Kreditstätigkeit mit beteiligten Unternehmen
- die Aktivitäten unserer Raiffeisenkasse im Zusammenhang mit Investitionen in Immobilien und Mobilien sowie
- die Höhe der Risikoneigung, unter Einbeziehung und Abstimmung mit der Strategie und den Organisationsmerkmalen.

Die Höchstlimits der Risikotätigkeit mit verbundenen Subjekten ist konkret festgelegt, die Höhe dieser Limits steht zum einen in Proportion zum aufsichtsrechtlichen Eigenkapital, zum anderen zum Gesamtbetrag der Geschäftstätigkeit gegenüber der Gesamtheit der verbundenen Subjekte. Ein weiteres Kriterium stellt die Festlegung der Häufigkeit des Geschäftsfalles und die Art der Verbindung zwischen den verbundenen Subjekten und der Bank dar.

Die aktivierten Organisationsprozesse sichern, dass alle einzelnen verbundene Subjekte erkannt, zusammengeführt und gezählt werden können und ein vollständiger Überblick über diese Geschäftsverbindungen zu jedem Zeitpunkt der Geschäftstätigkeit sichergestellt ist.

Innerbetrieblich liegt eine punktuelle Unterteilung nach den Gruppierungen:

- nahestehende Unternehmen und Personen
- nahestehende Unternehmen und Personen des Nicht-Finanzbereichs
- mit beiden vorher genannten verknüpfte Subjekte und



- die Summe aus den vorher genannten als sogenannte verbundene Subjekte auf.

Außerdem sind die aufsichtsrechtlich geforderten Informationen über die Verschwägerten bis zum zweiten Grad vorhanden.

Unser eingesetztes EDV-System gewährleistet, dass auf allen Ebenen der Bank von der Eröffnung der einzelnen Geschäftsbeziehungen ex ante bis hin zu den Aktualisierungen und Änderungen, die Zusammenführung der verbundenen Subjekte und das kontinuierliche Monitoring gesichert ist, das jederzeit die Überprüfung der Einhaltung der internen Verhaltensregeln zulässt.

Schließlich überwachen und überprüfen die dafür berufenen Kontrollfunktionen unserer Raiffeisenkasse das operative Prozedere und das Reglement im Zusammenhang mit den verbundenen Subjekten, wobei:

- der Risikocontroller die mit den verbundenen Subjekten zusammenhängenden Risiken der Bank misst und die Einhaltung der Vorgaben durch die internen Verhaltensregeln auf allen Ebenen begleitet
- die Compliance das Vorhandensein und die Zuverlässigkeit der Prozeduren begleitet, erhebt und prüft, mit der Zielsetzung, erkennen zu können, ob diese ausreichen, um die Auflagen aus der Bestimmung einzuhalten. Dabei werden einerseits die Limits, andererseits die internen Regelungen einer Prüfung unterzogen
- das Internal Audit wacht über die Einhaltung der internen Verhaltensregeln, checkt eventuell auftretende Unregelmäßigkeiten und zeigt diese umgehend dem Aufsichtsrat und der Unternehmensspitze auf und berichtet periodisch an die Betriebsorgane über die Gesamtexposition der Raiffeisenkasse im Zusammenhang mit den verbundenen Subjekten und über andere Interessenskonflikte. Wenn es das Internal Audit als notwendig erachtet, eine Überarbeitung der internen Verhaltensregeln vorzunehmen bzw. betriebsinterne Organisations- oder Kontrollprozesse abzuändern, um das Risikomanagement zu verbessern, so referiert es diesbezüglich an die Betriebsorgane und schließlich
- fungieren die unabhängigen Verwalter bewertend, unterstützen und vorschlagend hinsichtlich Organisation und Abwicklung der internen Kontrollen sowie der gesamten Risikoübernahme und Risikoverwaltung im Zusammenhang mit den verbundenen Subjekten.

Artikel 10

Weisungen im Zusammenhang mit sogenannten relevanten Mitarbeitern

Zu den sogenannten relevanten Mitarbeitern zählen die Angestellten und die Mitarbeiter der verschiedenen hierarchischen Ebenen, sofern dieselben ein direktes oder indirektes Interesse am Geschäftsfall haben und somit ein Interessenskonflikt oder ein potentieller Interessenskonflikt vorliegt.

Gemäß Bankenaufsicht zählen zu den sogenannten relevanten Personen auf jeden Fall Angestellte und Mitarbeiter, bei denen die Weisungen der Banca d'Italia zu den Richtlinien für Vergütungen zur Anwendung kommen.

In diesem Sinne hat unsere Raiffeisenkasse verfügt, dass alle Mitarbeiter angehalten sind, bei jedem von der Raiffeisenkasse mit Ihnen abgewickelten Geschäftsfall eventuell bestehende Interessenskonflikte den jeweiligen Vorgesetzten aufzuzeigen.

Artikel 11

Schlussbemerkungen

Bei der Erarbeitung des vorliegenden Reglements haben sich alle Betriebsorgane intensiv eingebracht, um im Lichte der gesunden und umsichtigen Geschäftsgebarung ein Reglement



erstellen zu können, das sicherstellt, dass das Risiko der Einflussnahme von nahestehenden Unternehmen und Personen auf unsere Raiffeisenkasse minimiert und die Unparteilichkeit und Handlungsfähigkeit derselben bei Finanz- und Nichtfinanzgeschäften sichergestellt ist, sodass weder den Einlegern noch den Mitgliedern durch verbundene Subjekte Schäden entstehen können.

Werden von Seiten der Kontrollorgane Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung oder eine Übertretung der Bestimmungen, die die Banktätigkeit regeln, festgestellt, haben sie die Anzeigepflicht nach Artikel 52 BWG.